

# Illusion des Erfolgs

Der Krieg in Afghanistan war entgegen den öffentlichen Verlautbarungen von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Bilanzen eines überflüssigen Krieges 2001–2021 (Teil 1 von 2). **Von Hans Otto Röber**

»Wir haben die hohen Ziele, die wir uns gesetzt haben, durchaus erreicht. (...) (Aber:) Die letzte Woche hat gezeigt: Die meisten Afghanen haben das Erreichte nicht so verteidigt, wie wir es uns erhofft haben.«

**(Damalige Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, CDU, bei einer Veranstaltung der Körber-Stiftung in Hamburg, 23.8.2021)**

»Die Enquete-Kommission kam zu dem Ergebnis, dass Deutschland gemeinsam mit seinen internationalen Partnern in Afghanistan strategisch gescheitert ist. Der multinationale Einsatz ging mit einer hohen Zahl an menschlichen Opfern und enormen Kosten einher.«

**(Aus der Einleitung des Abschlussberichtes der Enquete-Kommission »Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands«, 27.1.2025)**

Am 12. Dezember 2023 äußerte sich der damalige US-Präsident Joe Biden in einer Wahlkampfreden in Washington auch zum Krieg Israels gegen die Hamas und gegen die Bevölkerung von Gaza. Mit einer überraschend selbstkritischen Bemerkung zum Afghanistan-Krieg wandte er sich direkt an den imaginär anwesenden Benjamin Netanjahu: »Machen Sie nicht die gleichen Fehler, die wir am 11. September 2001 gemacht haben.« Es habe keinen (!) Grund gegeben, »warum wir einen Krieg in Afghanistan führen mussten« (*FAZ*, 14.12.2023). Die Äußerung war in dem Artikel über Gaza versteckt und wurde weder von der *FAZ* hervorgehoben noch von anderen Medien aufgegriffen. So wurde die Meldung nicht zu der Sensation, zu der sie das Zeug gehabt hätte.

## »Ihren Werten treu geblieben«

Zum Zeitpunkt dieser Rede lag der Abzug der letzten US-amerikanischen Truppen aus Afghanistan zwei Jahre und vier Monate zurück. Die in vielen Punkten noch bruchstückhafte Bilanz dieses 20 Jahre dauernden und laut Biden überflüssigen Krieges: mindestens 240.000 Todesopfer in Afghanistan und Pakistan, davon 71.000 zivile Opfer, circa 78.000 Tote der einheimischen Militär- und Polizeitruppen, 84.000 Tote auf seiten der Taliban und anderer Antiregierungsgruppen, 3.500 Tote auf seiten der Interventionsallianz, darunter 2.442 tote US-Soldaten und 59 tote Einsatzkräfte der Bundeswehr sowie drei getötete deutsche Polizisten. Hinzu kommen noch 3.900 gefallene Söldner, die als Mitarbeiter privat-militärischer Dienstleister an der Seite der USA gekämpft hatten. Diese Bilanz, die Neta C. Crawford und Catherine Lutz für das Watson Institute for International and Public Affairs an der Brown University in Providence erstellt haben<sup>1</sup>, ist unvollständig, denn sie versucht nur die direkten Toten des Krieges zu erfassen, nicht die vielen, die an Ernährungsmangel und Hunger oder an unzureichender bzw. fehlender medizinischer Versorgung gestorben sind. Nach aktuellem Bericht des UN-Welternährungsprogramms leiden von den 43,3 Millionen Bewohnern des Landes etwa 14,8 Millionen Menschen an schwerem und akutem Hunger. Die Welthungerhilfe spricht von über sechs Millionen Flüchtlingen aus Afghanistan,

hinzu kommen circa vier Millionen Binnenflüchtlinge bzw. -vertriebene.<sup>2</sup>

Unvollständig sind auch die Kostenbilanzen, die das Watson Institute allein für die USA mit 2,313 Billionen US-Dollar ansetzt. Die Kosten der Bundesrepublik gibt die Bundesregierung mit 17,3 Milliarden Euro an, von denen 12,5 Milliarden auf das Ressort »Verteidigung« entfallen. Auch diese Summen sind viel zu niedrig angesetzt. Als im Mai 2010 das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung den damaligen offiziellen Kostenangaben seine eigene Kalkulation gegenüberstellte, lag diese um ein Mehrfaches höher.

Insgesamt sind in den 20 Jahren des Krieges 775.000 US-amerikanische Soldatinnen und Soldaten zum Einsatz gekommen. Für die Bundesrepublik waren es 93.000 Einsatzkräfte. Berücksichtigt man Mehrfachabkommandierungen, kommt man auf circa 160.000 Kommandos der Bundeswehr.<sup>3</sup>

Es fehlt eine Bilanz darüber, wie viele Opfer der Bundeswehr-Einsatz bei der afghanischen Bevölkerung verursacht hat. Berichtigt wurde ein von einem deutschen Oberst veranlasster Luftangriff bei Kundus auf zwei von den Taliban entwendete Tanklaster, um die sich Dorfbewohner versammelt hatten, um Benzin abzapfen. Bei diesem Angriff am 4. September 2009 wurden 142 Menschen, fast alle Zivilisten, getötet. Juristische Sanktionsversuche, darunter eine Klage gegen den Verursacher wegen Mordes, wurden zurückgewiesen, der Oberst wurde 2013 zum Brigadegeneral befördert.<sup>4</sup> Aber nicht die Erinnerung daran soll bleiben, sondern, wenn es nach der »Truppenpsychologin« Susanne Bruns geht, der Glaube daran, dass die Bundeswehr in diesem Einsatz »ihren Werten treu geblieben« und stets »für Menschenrechte, Frieden und Freiheit eingetreten« sei.<sup>5</sup> So reden Leute, die die Verheerungen, mit denen »imperiale Missionen« die Länder des Südens überziehen, als »Pazifizierungskriege« (Herfried Münkler) und zivilisatorische Großtaten beschönigen.

## »Wir wussten nicht, was wir taten«

Während die Regierungen dreier US-Präsidenten die Öffentlichkeit fast bis zum Ende des Krieges mit schönfärberischen Berichten, Heucheleien und Lügen über den Stand der Dinge zu täuschen versuchten, sammelten sieben verschiedene Institutionen in den USA seit Beginn des Krieges durch Interviews ermittelte Äußerungen von Soldaten aller Dienstgrade, Politikern und hochrangigen Beamten und sonstige Dokumente. Eines dieser Institute, das National Security Archive, archivierte die vertraulichen Mitteilungen, die der Verteidigungsminister unter George W. Bush, Donald Rumsfeld (von 2001 bis November 2006), oft mehrmals täglich als Anweisungen oder Kommentare an seine Mitarbeiter verschickte. Diese »Schneeflocken«, wie sie ironisch genannt wurden, würden gedruckt mehrere 10.000 Seiten ergeben.

Die wichtigste Sammlung von 428 Befragungen zwischen 2014 und 2018 befindet sich beim Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction (SIGAR), wo sie unter dem Titel »Lessons Learned« archiviert ist. Da die Befragten davon ausgingen, dass ihre Beurteilungen nicht an die Öffentlichkeit gelangen, äußerten sie sich freimütig und ohne Rücksicht auf die offizielle Propaganda. Nachdem sich die *Washington Post* in zwei Klä-

gen und einem dreijährigen Rechtsstreit Zugang zu den Dokumenten des SIGAR verschaffen konnte, veröffentlichte die Zeitung ab Dezember 2019 eine Artikelserie zu diesem Datenberg und richtete einen digitalen Zugang zu den Interviews und den »Schneeflocken« ein.

Craig Whitlock, ein Journalist der *Washington Post*, bündelte die Arbeit der Redaktion zu einem Buch, das 2021 unter dem Titel »The Afghanistan Papers – Secrets, Lies and America's Longest War« veröffentlicht wurde. Eine deutsche Übersetzung erschien schon 2021 und wurde 2022 auch von der Bundeszentrale für politische Bildung vertrieben. Das Buch verarbeitet Interviews mit mehr als 1.000 Personen und 10.000 Dokumentenseiten. Whitlock sah in diesen Dokumenten die »geheime Geschichte des Krieges«, an der ihn vor allem das Eingeständnis mehrerer Generäle und Diplomaten erstaunte, diesen Krieg ohne klare Strategie und ohne konkrete und erreichbare Ziele geführt zu haben, ohne hinreichende Kenntnisse über das Land, die Sprachen und die Kräfteverhältnisse und ohne Gegner- und Feindanalyse. Der Journalist zitiert den Generalleutnant Douglas Lute, unter Bush und Barack Obama stellvertretender Nationaler Sicherheitsberater für Irak und Afghanistan, mit der Bemerkung: »Wir hatten nicht die leiseste Ahnung, worauf wir uns eingelassen hatten.« Richard Boucher, zum Zeitpunkt seines Interviews Assistant Secretary of State für Süd- und Zentralasien, formuliert es bibelnah so: »Wir wussten nicht, was wir taten.« Beide Interviews fanden 2015 statt. Es sind diese Erkenntnisse, die Bidens Rat an Netanjahu zugrunde liegen.

## Der Bundestag untersucht

Während die Veröffentlichung der »Afghanistan Papers« wie 50 Jahre zuvor die auszugsweise Veröffentlichung der geheimen »Pentagon Papers« zum Krieg gegen Vietnam auf die Initiative von Journalisten und Zeitungen zurückgeht, die sich nicht zum Sprachrohr der jeweiligen Regierung erniedrigen ließen, ergriff in Deutschland der Bundestag, sehr spät und mit Scheuklappen, die Auswertunginitiative. Am 8. Juli 2022 setzte er einen Untersuchungsausschuss ein, der unter Vorsitz von Ralf Stegner (SPD) das Entscheidungsverhalten beteiligter Bundesbehörden und Nachrichtendienste beim Abzug der Bundeswehr und der Evakuierung des Botschaftspersonals und von Ortskräften aus Afghanistan untersuchen sollte. Zudem sollte geklärt werden, ob bzw. inwiefern die Bundesregierung auf die »Umsetzung« des Doha-Abkommens zwischen der US-Regierung unter der ersten Präsidentschaft Donald Trumps und den Taliban vom 29. Februar 2020 und die Gestaltung des Truppenabzugs durch die USA »Einfluss genommen« habe. Außerdem sollte er auf der Basis der gewonnenen Erkenntnisse Lehren für künftige ähnliche Situationen ziehen. Am 18. Februar 2025 veröffentlichte der Ausschuss eine »Vorabfassung« seines Abschlussberichtes.<sup>6</sup>

Zeitgleich damit installierte der Bundestag eine Enquete-Kommission, die »Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands« ziehen und darauf aufbauend Ratschläge für zukünftige Auslandseinsätze der Bundeswehr formulieren sollte. Mit »vernetztem Engagement« ist das Konzept einer »Zivil-Militärischen Zusammenarbeit« (engl. Civil-military co-operation, CIMIC) gemeint, das in Afghanistan in »Regionalen Wiederaufbauteams« (engl. Provincial Reconstruction Teams, PRTs) konkretisiert wurde und dort gerade grandios gescheitert war. Am 19. Februar 2024 erschien ein Zwischenbericht, am 27. Januar 2025 der Abschlussbericht. Hinzu kommen 59 Stellungnahmen von Sachverständigen. Von denen sind besonders das wissenschaftliche Gutachten von Conrad Schetter zu »Korruption, Patronage und Klientelismus am Beispiel von Afghanistan sowie Gegenmaßnahmen in künftigen Kriseneinsätzen« und das Gutachten von Florian P. Kühn über »Die Drogenökonomie Afghanistans 2001–2021« lesenswert.<sup>7</sup>

Beide Gremien mussten die Vertreter der Partei Die Linke im Dezember 2023 verlassen, nachdem die Fraktion aufgrund der ohne jede pragmatische Vernunft betriebenen Spaltung ihren Fraktionsstatus verloren hatte. Ihre Position bleibt daher in den Berichten beider Gremien unberücksichtigt.

Beiden Untersuchungsgremien des Bundestages ging es nicht darum, die militarierte Außenpolitik der Bundesrepublik prinzipiell in Frage zu stellen, sondern darum, sie optimiert fortzusetzen. In dieser



FABRIZIO BENSCH/REUTERS

Perspektive ist der Afghanistan-Einsatz kein Debatte gewesen, sondern, wie es die damalige Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer formulierte, ein »Stresstest«. Afghanistan war der Logik dieses Begriffes zufolge ein Labor, in dem ein blutiges Experiment veranstaltet wurde.

Außerordentlich nützlich für jede Recherche zu diesem Krieg ist die weitgehend illusions- und propagandafreie »sicherheitspolitische Chronologie« der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags zum »Afghanistan-Einsatz 2001–2021« vom Januar 2022.<sup>8</sup>

Trotz der affirmativen Engführung der Aufträge für Ausschuss und Kommission war es eine richtige Entscheidung des Untersuchungsausschusses, nicht nur die Wochen und Tage des Evakuierungschaos im Sommer 2021 in den Blick zu nehmen, sondern den Zeitraum von der Unterzeichnung des Doha-Abkommens (»Agreement for Bringing Peace to Afghanistan«) vom 29. Februar 2020 zwischen der US-Regierung und der Gegenseite (die im Vertrag durchgängig als »das von den Vereinigten Staaten nicht als Staat anerkannte Islamische Emirat Afghanistan, das als die Taliban bekannt ist«, bezeichnet wird) bis zur Beendigung der militärischen »Evakuierungsmission« der Bundesregierung in Kabul am 26. August 2021. Im Abkommen verpflichteten sich die USA zur Truppenreduzierung bis Mitte Juli 2020 und zum endgültigen Abzug ihrer Truppen und der ihrer Verbündeten und Koalitionspartner bis Ende April 2021. Die Taliban verpflichteten sich, dafür zu sorgen, dass von afghanischem Boden keine Gefährdung für die Sicherheit der USA und ihrer Verbündeten ausgeht und dass sie in innerafghanische Verhandlungen eintreten. Außerdem sollte ein Gefangenenaustausch stattfinden: 5.000 Kämpfer der Taliban gegen 1.000 ihrer Gefangenen. Die USA hatten für ihre Alliierten mitentschieden, diese wurden auf keiner Stufe in die Erarbeitung des Abkommens einbezogen, ebenso wenig die afghanische Regierung. Das Doha-Abkommen war auch eine Lektion über die Machtverhältnisse in der NATO und den Wert von Teilhabestrukturen im Bündnis, wenn es um die Interessen der Führungsmacht im Bündnis geht.

In diesem »Theater of War« ist das Abkommen ein Wendepunkt, der den finalen Akt eröffnet. Zugleich ist es die zwangsläufige Folge aus dem Verlauf



**Laut US-Militärs wurde der Krieg in Afghanistan mit unklaren Zielen, ohne langfristige Strategie und ohne hinreichende Kenntnisse über das Land, die Sprachen und die Kräfteverhältnisse begonnen. Auf dem Brett ging's besser aus. Bundeswehr-Soldaten in Kundus (25.9.2008)**

eines Krieges, an dem von Anfang an nichts richtig und nichts gut war. Schon die anfängliche Berufung auf das Recht zur Selbstverteidigung war schief, indem die USA den »9/11«-Anschlag der Taliban-Regierung zurechneten, deren Angebote, Osama bin Laden auszuliefern, ignorierten und die zeitliche Begrenzung einer Berufung auf Artikel 51 der UN-Charta nicht beachteten. Der strategische Fehler der USA, die am 7. Oktober 2001 im Rahmen ihrer »Operation Enduring Freedom« mit Bombardierungen begannen, bestand darin, den Bodenkrieg weitgehend den Warlords der »Nordallianz« zu überlassen und damit das Ziel des Aufbaus einer starken westlich orientierten Staatsmacht zu unterminieren. Das war die »Weichenstellung« für ein System, das nach den »herrschenden Spielregeln« der Korruption, der Patronage und des Klientelismus funktioniert, wie es in dem einschlägigen Gutachten für die Enquete-Kommission heißt. Der von den USA nach der Petersberg-Konferenz Ende 2001 als Interimspräsident installierte ehemalige Mudschaheddin und Feudalherr Hamid Karsai und seine Regierung waren, zugespitzt formuliert, nicht mehr als die Stadtverwaltung von Kabul. Eine Schätzung aus dem Jahr 2008 kommt zu dem Befund, dass die Taliban zehn Prozent, die afghanische Regierung 30 Prozent und lokale Warlords 60 Prozent des Landes kontrollierten. Als Karsai diese Machthaber aus der Zentralregierung zu drängen versuchte, schaffte er sich damit eine zweite politische Opposition.

**Aufstandsbekämpfungsmission**

Während sich die Taliban bis Dezember 2001 nach Pakistan beziehungsweise in das Grenzgebiet zu Pakistan zurückzogen, startete am 20. Dezember die International Security Assistance Force (ISAF), zunächst als Schutz der afghanischen Regierung in Kabul. Ab 2003 wurde die Mission schrittweise auf das ganze Land ausgedehnt und obligatorisch unter das Kommando der NATO gestellt. Die USA entwickelten die erwähnten PRTs. 2003 übernahm die Bundeswehr das PRT in Kundus, 2004 in Faizabad und im Juni 2006 das Regionalkommando Nord. Die NATO reagierte damit darauf, dass sich die Taliban reorganisiert hatten und den asymmetrischen

Krieg zu intensivieren begannen. Zugleich waren die USA mit der gleichzeitigen Kriegführung im Irak (2003 bis offiziell 2011) und in Afghanistan überfordert. Dementsprechend wuchs der Druck auf die Bundeswehr (und andere Alliierte), sich offensiv in Kampfhandlungen einzuschalten. ISAF wandelte sich von einer Stabilisierungsoperation zu einer Aufstandsbekämpfungsmission.

Selbst ein engagierter Gegner des Afghanistan-Krieges wie Whitlock reproduziert unkritisch das damalige Image der Bundeswehr bei den US-Truppen: »Deutschland wollte seinen Soldaten nicht gestatten, an Kampfeinsätzen teilzunehmen (...) oder den meist friedlichen Norden Afghanistans zu verlassen. Erlaubt war ihnen aber, große Mengen Alkohol zu trinken. Im Jahr 2007 lieferte die deutsche Regierung knapp eine Million Liter selbst gebräutes Bier und fast 70.000 Liter Wein für ihre 3.500 Soldaten in das Kriegsgebiet.« Diese Wahrnehmung findet ein Echo im Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses, der in der Darstellung des Rücktransportes von Bundeswehr-Materialien den Zeugen Oberst Kurjahn mit der Bemerkung zitiert, dass insgesamt 23.000 Liter alkoholische Getränke für 30.000 Euro Transportkosten auf dem Landweg aus Afghanistan zurücktransportiert worden seien. Es klingt nach Erleichterung, wenn andererseits konstatiert wird, dass im Oktober und November 2007 im Nordwesten und Nordosten des Landes im Rahmen der Operationen »Harekate Yolo« (dt. Korrektur der Front) »die erste offensive Militäroperation unter deutschem Kommando seit dem Zweiten Weltkrieg« (Wiss. Dienste) stattfand.

Seit 2007 wird in fast jedem der zahlreichen Lageberichte eine Verschlechterung der Sicherheitslage konstatiert. Luft- und Drohnenangriffe steigen und mit ihnen die Zahl ziviler Opfer, so dass den Taliban immer wieder neue Kämpfer zugeführt werden. Die Wissenschaftlichen Dienste beziffern die Zahl der Drohnenangriffe zwischen 2015 und 2019 auf über 13.000. In dieser Zeit sind etwa 1.600 Kinder durch Luftangriffe ums Leben gekommen. Die Zahl der Streitkräfte auf seiten der Koalition erreichte im Herbst 2010 einen Höhepunkt mit insgesamt 130.000 Soldatinnen und Soldaten, darunter 90.000 der USA und 5.350 der Bundeswehr; hinzu kommen noch circa 60.000 »Militärdienstleister«.

Zum Jahresbeginn 2015 wurden die bestehenden Einsätze OEF und ISAF durch die Resolute Support Mission ersetzt. Damit wurden die Einsatzkräfte der NATO-Truppen und ihrer Alliierten dramatisch gekürzt, auf zunächst 13.600, und schließlich auf 9.500 im Jahr 2021, dazwischen 2019 ein Hoch von 17.000. Die Aufgabe der Mission, »Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte«, spiegelte die Hoffnung wider, der NATO könne eine Afghanisierung des Krieges gelingen. Dabei schrumpften afghanische Armee und Polizei Jahr um Jahr, bis sie im Sommer 2021 in »Auflösung« begriffen waren. 2015 stieg die Zahl der gefallenen Kräfte der Armee um fast 60 Prozent, so dass die US- und die afghanische Regierung 2016 beschlossen, fortan keine Verlustzahlen mehr zu veröffentlichen. Für 2020 und 2021 liegen Schätzungen bei 11.000 Gefallenen pro Jahr.

Angeichts dieser Fakten offenbart die damalige Verteidigungsministerin einen erstaunlichen Mangel an Informationen, wenn sie bekundet, vom schnellen Vormarsch der Taliban auf Kabul schockiert und entsetzt gewesen zu sein. Grotesk wird es, wenn ein »Sprechzettel« des Bundesnachrichtendienstes (BND) für die Staatssekretärsrunde am 4. August 2021, also elf Tage vor dem kampflosen Fall Kabuls, zwar eine »fortschreitende Abnutzung« der afghanischen Streitkräfte konstatiert, aber ihr »Zerbrechen« für unwahrscheinlich hält. Nicht das Doha-Abkommen hat das »Todesurteil« über die afghanischen Streitkräfte gefällt, wie Markus Kaim von der Stiftung für Wissenschaft und Politik vor dem Untersuchungsausschuss bekundete, sondern ihre Einbindung in das für die afghanische Republik typische System von Korruption, Patronage und Klientelismus von Anfang an. Das beginnt bereits mit dem System der Besoldung der Soldaten durch die oberen Dienstgrade, die selten den vollen Sold ausbezahlen, sondern »erhebliche Teile« einbehielten, so Hans-Hermann Dube, ehemaliger Direktor der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), dann ihr Regionalleiter in Afghanistan. So werden Generalsränge zu Pfründen, die mit Schmiergeldern gekauft werden, während die einfachen Dienstgrade, oft in Form eines stillschweigenden Paktes, der Truppe fernbleiben und sich um zusätzliche Ein-

nahmequellen kümmern oder aber den Weg der illegalen Bereicherung im »Dienst« wählen. Ein US-amerikanischer Betreuer, der mit afghanischen Sicherheitskräften gearbeitet hat, formulierte die gängige Volksmeinung so: »Wenn in dein Haus eingebrochen wird und du die Polizei rufst, kommt sie und raubt dich ein zweites Mal aus.«

So entstand eine »Armee« von »Geistersoldaten«, von denen das 2019 eingeführte Personal- und Gehaltssystem 10.000 entdeckt hat, und eine Gruppe von 25.000 »Geisterpolizisten«. Markus Kaim schätzt, dass die Zahl der Streitkräfte nicht wie offiziell angegeben bei 280.000 liegt, sondern dass höchstens von 150.000 Personen bei den Sicherheitskräften ausgegangen werden kann. Der afghanische Finanzminister unter Präsident Ghani sprach sogar von nicht einmal 50.000 Mann (FAZ, 11.11.2021).

**»Streuen und Beten«**

Hinzu kommt, dass die Taliban ihre Kämpfer besser bezahlten und die Rekruten schlecht ausgebildet waren. Während der sachverständige General a. D. Hans-Lothar Domröse den Ausbildungs- und Ausbildungsstand der afghanischen Streitkräfte für gut befand und vor allem, als sei er ein deutscher Fußballtrainer, Mentalitätsprobleme sah, nämlich einen fehlenden »Willen zum Kampf«, ist der US-amerikanische Blick deutlich realistischer. Nach anfänglicher Unterfinanzierung der afghanischen Streitkräfte steckten die Staaten der NATO-Koalition in den zwei Jahrzehnten des Krieges über 86 Milliarden US-Dollar in den laufenden Unterhalt und die Ausbildung der Sicherheitskräfte. Die Wirksamkeit dieser Summe war bekanntlich gering. In der ersten Heeresbrigade der US-Armee, die für die Ausbildung vorgesehen war, hatten nur wenige Soldaten überhaupt Ausbildungserfahrungen. Es gab zu wenige Dolmetscher für die Rekruten, von denen 80 bis 90 Prozent nicht lesen und schreiben konnten. Um die Zahl der afghanischen Soldaten schnell zu erhöhen, wurde das Ausbildungsprogramm auf zwölf Wochen zusammengekratzt. Ergebnis war eine Schießtechnik, die abfällig als »Streuen und Beten« bezeichnet wurde. Whitlock gibt den Bericht eines Majors wieder, »dass die afghanischen Soldaten in einem Gefecht oft ihre ganze Munition verschossen, ohne einen Gegner zu treffen«.

Nicht besser war es um die Ausbildung der Polizeikräfte bestellt, die zunächst von den Deutschen übernommen worden war. Als zu wenige deutsche Polizisten bereit waren, als Ausbilder nach Afghanistan zu gehen, und die Bundesrepublik zu wenig Geld in die Ausbildung der afghanischen Polizisten investierte, übernahmen auch hier die USA, die in den Jahren 2002 bis 2006 zehnmal mehr Mittel als die Deutschen für die Polizeiausbildung zur Verfügung stellten. Trocken kommentiert Whitlock: Sie »erzielten jedoch keine besseren Ergebnisse«. Polizisten waren in hoher Zahl wegen Straftaten bis hin zu Morden angeklagt. Eine Befragung aus dem Jahr 2014 ergab, dass 51 Prozent der Befragten angaben, »Gefälligkeitszahlungen« an die Nationalpolizei geleistet zu haben.

■ **Anmerkungen**

- 1 <https://costsofwar.watson.brown.edu/paper/human-cost-post-911-wars-direct-war-deaths-major-war-zones>
- 2 <https://de.wfp.org/countries/afghanistan>
- 3 Siehe: Nichts ist gut in Kundus, *JW*, 4.9.2012; Neue Hoffnung, *JW*, 3.9.2019; Massaker bleibt ungesühnt, *JW*, 17.2.2021
- 4 <https://www.bundeswehr.de/de/meldungen/afghanistan-160-000-oder-93-000-im-einsatz-5229438>
- 5 <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/nach-afghanistan-ehrllichkeit-gedenken-und-wuerdigung-gefordert-5454540>. Die Gedenkveranstaltung fand am 5.9.2022 statt.
- 6 <https://dsrserver.bundestag.de/btd/20/147/2014700.pdf>
- 7 [https://www.bundestag.de/webarchiv/Ausschuesse/ausschuesse20/weitere\\_gremien/enquete\\_afghanistan](https://www.bundestag.de/webarchiv/Ausschuesse/ausschuesse20/weitere_gremien/enquete_afghanistan). Über den Link kommt man zu allen Dokumenten der Kommission.
- 8 <https://www.bundestag.de/resource/blob/881198/27fd4f597e-1d4ee43350aaffc6f9d8c/WD-2-062-21-pdf-data.pdf>

■ Hans Otto Röber schrieb an dieser Stelle zuletzt am 19. September 2025 über den Popularphilosophen und Spätaufklärer Christian Garve: Guter Verstand, guter Anstand.

■ **Lesen Sie am Montag auf den *JW*-Themaseiten:**

**Bilanz eines überflüssigen Krieges. Der Afghanistan-Einsatz (Teil 2)**

Von Hans Otto Röber